

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 57 (1965)
Heft: 3

Artikel: Sozialpolitische Aussichten in den USA
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354169>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialpolitische Aussichten in den USA

Präsident Kennedy, der 1960 mit der knappen Mehrheit von 112 000 Stimmen den Sieg über den Republikaner Nixon errungen hatte, fand bei vielen Plänen, die er unter dem Motto «New Frontier» (neue Grenzen) zusammengefaßt hatte, keine Unterstützung beim Kongreß.¹ Erst seinem Nachfolger Johnson, der auf Grund langjähriger Tätigkeit als Führer der Demokratischen Partei im Senat besondere Geschicklichkeit im parlamentarischen Leben erworben hat, gelang es, die zwei wichtigsten sozialpolitischen Gesetze, die von Kennedy eingebracht worden waren, im Kongreß durchzubringen: die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer und den weitestgehenden Civil Rights Act seit der Sklavenbefreiung von 1863 zur Eingliederung der Neger. Mit einigen anderen von Kennedy inaugurierten Vorschlägen ist bisher auch Johnson nicht durchgedrungen, so mit der Einführung der Krankenversicherung für alte Personen durch ihre Einbeziehung in die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenfürsorge.²

Mit dem überwältigenden Sieg der Demokraten bei den Wahlen vom 3. November 1964 haben sich die Aussichten für die Durchsetzung sozialpolitischer Maßnahmen, mit denen Johnson die «Great Society», wohl am besten mit «große Volksgemeinschaft» zu übersetzen, schaffen will, erheblich gebessert. Für die Beurteilung dieser Aussichten darf man aber nicht lediglich die Zahlen der Demokraten und Republikaner in beiden Häusern des Kongresses einander gegenüberstellen. Sie waren:

	Im Abgeordnetenhaus		Im Senat	
	Demokraten	Republikaner	Demokraten	Republikaner
Ende 1964 ³	254	176	66	34
ab 1965	295	140	68	32

Bedeutsame sozialpolitische Maßnahmen sind seit vielen Jahren nur durch ein Zusammengehen des linken Flügels und der Mitte der Demokraten mit dem fortschrittlichen Flügel der Republikaner zu erreichen. Die beiden Parteien, die in keiner Weise von «Weltanschauungen» bestimmt sind und keinen Fraktionszwang kennen, stehen sich nur selten geschlossen gegenüber, so etwa im Senat, wenn

¹ Vgl. «Das innerpolitische Fazit der Regierung Kennedy», «Gewerkschaftliche Rundschau», Jg. 1964, Nr. 6, S. 157.

² Vgl. «Zweimaliges Scheitern der gesetzlichen Krankenversicherung in den USA», «Gewerkschaftliche Rundschau», Jg. 1963. S. 152.

³ Drei demokratische und zwei republikanische Sitze waren Ende 1964 nicht besetzt.

der Präsident nach der Verfassung die Zustimmung zur Ernennung von Richtern und hohen Beamten einholen muß. Es wäre völlig verkehrt, die Parteien etwa mit rechts oder links, liberal oder konservativ zu charakterisieren; etwas Konservativeres als die Demokraten der elf Südstaaten läßt sich kaum vorstellen. Zum Beispiel war gegen den Civil Rights Act von 1964 die Opposition in den demokratischen Reihen viel stärker als in den republikanischen.

Wenn man also die Aussichten für die Zukunft sozialpolitischer Fortschritte beurteilen will, muß man nach anderen Maßstäben greifen. Der zuverlässigste ist wohl, wie weit der größte amerikanische Gewerkschaftsbund, die AFL-CIO (American Federation of Labor – Congress of Industrial Organization), bei der November-Wahl Kandidaten der Demokraten für Abgeordnetenhaus und Senat propagandistisch und vielfach auch finanziell unterstützt hat – eine Unterstützung republikanischer Kandidaten durch den Gewerkschaftsbund schied bei der Haltung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Goldwater von vornherein aus. Unter anderem lieferte eine frühere unvorsichtige Bemerkung, daß er die Sozialversicherung auf freiwilliger Grundlage vorziehe, den Demokraten das unschätzbare Werbemittel, jeden Abend im Fernsehen einen Arbeiter zu zeigen, der seine Sozialversicherungskarte als wertlos geworden zerreißt.

Nach einer Aufstellung der bekannten Wochenzeitschrift «US News and World Report» vom 16. November 1964, S. 101, ergibt sich:

	Für das Abgeordnetenhaus	Für den Senat
Von AFL-CIO unterstützte Kandidaten	351	31
Davon gewonnen	234	25
Verloren	117	6

Von den nichtunterstützten Kandidaten für das Abgeordnetenhaus sind zusätzlich 14 als den Gewerkschaften freundlich gegenüberstehend zu zählen. Weiterhin sind von den Senatoren, von denen im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus alle zwei Jahre nur ein Drittel neu zu wählen ist, 35, die 1964 nicht zur Wiederwahl anstanden, weil ihr Mandat erst 1966 bzw. 1968 endet, als laborfreundlich zu zählen. Das ergibt:

	Im Abgeordnetenhaus	Im Senat
Gewerkschaftsfreundlich	248	60
Gesamtzahl der Sitze	435	100

Auf den ersten Blick möchte es scheinen, daß damit für alle wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitslebens, der Sozialversicherung und sozialen Fürsorge eine sichere Mehrheit in

beiden Häusern gewonnen ist. Aber im Gegensatz zu Kennedy, der seinen knappen Vorsprung zweifellos dem Eintreten der Gewerkschaften für seine Kandidatur zu danken hatte, ist Präsident Johnson bei dem eminenten Abstand des Stimmenverhältnisses (42 038 243 gegenüber 26 449 960 für Goldwater) keineswegs den Gewerkschaften allein zu Dank verpflichtet. Er hat es in der kurzen Regierungszeit seit seinem Amtsantritt (22. November 1963) außerordentlich geschickt verstanden, daß Mißtrauen, mit dem große Teile der Arbeitgeberschaft seinem Vorgänger Kennedy gegenübergestanden hatten, zu zerstreuen, ohne dadurch bei der Arbeitnehmerschaft an Vertrauen einzubüßen.

Dabei hat er aus der Ablehnung einiger Forderungen der Gewerkschaften kein Hehl gemacht. Es ist daher nicht anzunehmen, daß er nunmehr in diesen Punkten seine Haltung ändern wird. Dazu zählen:

1. Die Kürzung der Arbeitszeit von regelmäßig 40 auf 35 Wochenstunden. Die Gewerkschaften glauben, darin den Hauptschlüssel zur Verminderung der seit Jahren hohen Arbeitslosigkeit zu erblicken – sie ist im Juli 1964 zum erstenmal nach 53 Monaten mit 4,9 Prozent des Gesamtbestandes der Arbeitskräfte unter 5 Prozent zurückgegangen, aber schon im nächsten Monat wieder über diese Grenze gestiegen. Präsident Johnson glaubt, wie vorher Präsident Kennedy und mit ihnen die weitesten Kreise des Wirtschaftslebens, daß mit einer Kürzung der Arbeitszeit die seit Jahren durch die passive Zahlungsbilanz und die hohen Löhne gefährdete Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft zu sehr geschwächt würde.

Präsident Johnson hat den Gedanken in die Debatte geworfen, die Arbeitszeit über 40 Wochenstunden mit einem Zuschlag von 100 Prozent des Normallohnes (statt der geltenden 50 Prozent) zu belegen. Seiner Hoffnung, dadurch eine Einschränkung der Ueberzeitarbeit zu erreichen und die Arbeitgeber zur Einstellung neuer Arbeitskräfte zu bewegen, wurde aus Wirtschaftskreisen entgegengehalten, daß Ueberzeitarbeit häufig nur von einem Teil der Belegschaft geleistet werden muß, um der Mehrheit die normale Arbeitszeit zu gewährleisten. Die der Wirtschaft neu entstehenden Kosten müßten sich in einer Preiserhöhung auswirken. Auch die Gewerkschaften waren mit dem Vorschlag insoweit nicht einverstanden, als sie das Verfahren bemängelten, in dem die einzelnen Wirtschaftszweige bestimmt werden sollten, die zur doppelten Lohnzahlung verpflichtet würden.

Auf dem weiten Feld der Arbeitszeit wird sich voraussichtlich während der nächsten Session des Kongresses nichts Entscheidendes ändern.

2. Aehnliche Gesichtspunkte gelten für den Mindestlohn, den die Gewerkschaften von 1,25 Dollar pro Stunde auf 2 Dollar gehoben

sehen möchten. Als Kompromiß wird die Lösung angeboten, die auf Vorschlag Kennedys 1961 erfolgte Erhöhung von 1 auf 1,25 Dollar zwar beizubehalten, das Gesetz, das zahlreiche Ausnahmen kennt, aber auf weitere Kreise der Arbeitnehmerschaft auszudehnen.

3. Die Gewerkschaften bemühen sich seit Jahren, die durch den Taft-Hartley Act von 1947 eingeführte Möglichkeit, daß die Einzelstaaten ein Right-to-Work-Gesetz erlassen, zu beseitigen.⁴ Zwanzig der fünfzig Staaten haben sich bisher dazu entschlossen, mit der Folge, daß die Einstellung eines Arbeitnehmers bzw. sein Arbeitsverhältnis nicht mehr von dem in kurzer Zeit nachfolgenden Eintritt in die Gewerkschaft abhängig gemacht werden darf. Die Gewerkschaften möchten auch in diesen 20 Staaten zum Union shop zurückkehren, bei dem der Arbeitgeber zwar frei in der Auswahl der Arbeitnehmer ist; jedoch müssen diese binnen bestimmter Frist, meist von 30 Tagen, der Gewerkschaft beitreten und Mitglieder «in good standing» (mit gutem Betragen, das heißt Beitragszahlung und Unterstützung der Gewerkschaftsziele) bleiben, widrigenfalls die Gewerkschaft die Entlassung verlangen kann. Das Ziel, zum Closed shop zurückzugehen, der die Unternehmer verpflichtet, nur Gewerkschaftsmitglieder einzustellen, haben die Gewerkschaften als aussichtslos längst aufgegeben.

Im demokratischen Parteiprogramm, daß bei Ernennung des Präsidentschaftskandidaten im Juli 1964 aufgestellt wurde, findet sich eine kurze Erwähnung, die den Gewerkschaften in dieser Richtung Hoffnung geben kann. Aber sie wird voraussichtlich trügerisch sein. Was wird nicht alles in Parteiprogrammen, nicht nur in den USA, versprochen, um später der Vergessenheit anheimzufallen! Mit der bequemen Ausrede, unter den obwaltenden Umständen sei es unvermeidlich, dieses oder jenes zuzusichern, ist man leicht bei der Hand. Daß Präsident Johnson es wegen dieses Punktes zur Abkühlung seiner guten Stellung zur Arbeitgeberschaft kommen lassen wird, ist nicht anzunehmen.

Damit dürften die wichtigsten Punkte, in denen die Arbeitnehmerschaft ihre Hoffnungen wird reduzieren müssen, erschöpft sein. Denn daß Johnson durch den Ausgang der Wahlen und das überwältigende Vertrauen, das ihm die große Mehrheit der Wählerschaft ausgesprochen hat, in der Fortsetzung seiner Pläne und der Gedanken seines Vorgängers bestärkt worden ist, liegt auf der Hand.

a) Als einen seiner ersten Pläne will er die Krankenversicherung der alten Personen über 65 Jahre durch Einbeziehung in die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung wieder vor den Kongreß bringen. Schon vor dem Regierungsantritt Kennedys (20. Januar

⁴ Vgl. «Right-to-Work-Gesetze und Union shop in den USA», «Gewerkschaftliche Rundschau», Jg. 1961, S. 65.

1961) war ein von ihm als Senator tatkräftig unterstützter Entwurf infolge des Widerstandes der Aerzteschaft fehlgeschlagen. Als Präsident schlug er 1962 Versicherungsschutz nur hinsichtlich der Kosten vor, die durch Krankenhaus und häusliche Pflege entstehen, nur in geringem Umfang auch für die ärztlichen Kosten. Auch dieser Vorschlag wurde nicht angenommen, ebensowenig ein von Johnson im Frühjahr 1964 vorgelegter Entwurf. Zurzeit steht es noch nicht fest, welchen Weg die Regierung diesmal einschlagen wird, um die so schwer zu erstürmende Bastion im Kampf um die gesetzliche Krankenversicherung zu erobern.

b) Dadurch, daß der unter a) erwähnte Vorschlag Johnsons mit einem Entwurf zur Erhöhung der seit 1958 nicht mehr generell erhöhten Leistungen der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung gekoppelt war, ist auch dieser Teil vor dem Auseinandergehen des Kongresses im September 1964 nicht mehr erledigt worden. Die Erhöhung dieser Renten wird bei dem neuen Kongreß keinen nennenswerten Schwierigkeiten begegnen.

c) Das gleiche gilt für die Veteranenhilfe, die von Onkel Sam, im Gegensatz zu manchen Bestimmungen in den Sozialversicherungsgesetzen (Arbeitslosen- und Unfallversicherung), schon jetzt äußerst großzügig geregelt ist und die aller Länder der Welt weit überragt.

d) Im Kampf gegen die Armut, den der Präsident gleich nach Regierungsantritt als eines seiner vorzüglichsten Regierungsziele aufgenommen hat, wird er beim neuen Kongreß kräftigere Unterstützung finden als bisher, mag man auch über die Grenze, die er dem Begriff gegeben hat, verschiedener Meinung sein. Denn geht man mit dem Präsidenten davon aus, daß jede Familie mit einem jährlichen Bareinkommen unter 3000 Dollar in Armut lebt, so wäre tatsächlich eine von je fünf Familien in den USA «arm». Die Grenze ist aber wohl zu hoch gezogen; denn auch bei Berücksichtigung der niedrigeren Kaufkraft des Dollars in den USA würde sich bei einem Vergleich etwa mit England ergeben, daß dort mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut leben würde; denn in England entspricht das durchschnittliche Jahreseinkommen einer Familie nur der Kaufkraft von 2900 Dollar in den USA.

Daß es im reichsten Land der Welt soviel Arme geben soll, hat auch außerhalb der USA Erstaunen hervorgerufen. Es drängte sich die Frage auf, wie die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften es verantworten konnten, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges über 100 Milliarden Dollar für andere Länder auszugeben, überwiegend ohne Gegenleistung, wenn für die eigenen Armen nichts oder jedenfalls viel zu wenig geschieht.

Im Sommer 1964 hat der Kongreß für das erste Jahr des Kampfes gegen die Armut zunächst 947,5 Millionen Dollar bewilligt. Da als die wirksamsten Heilmittel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

unter den Jugendlichen und ihre bessere Ausbildung angesehen werden, sind 412,5 Millionen für drei Jugendprogramme bestimmt: ein Jugendkorps in Höhe von 40 000 männlichen und weiblichen Jugendlichen im ersten Jahr, von 100 000 im zweiten soll, ähnlich wie in der New-Deal-Ära unter F. D. Roosevelt, in den zurückgebliebenen Gebieten der USA eingesetzt werden, 200 000 Jugendliche sollen für Arbeiten, in denen Bedarf an Arbeitskräften besteht, angelernt werden (sogenannte Job Corps, mit dem Ziel, dem Jugendlichen nach Ausscheiden aus der Schule zu einem Job – Arbeitsplatz – zu verhelfen). 100 000 Jugendlichen soll zum College-Studium verholfen werden. 340 Millionen werden lokalen Körperschaften als Zuschüsse gegeben, wenn sie entsprechende Programme ausführen, außerdem 150 Millionen zur Umschulung von Arbeitslosen.

Der zweite Teil des Programms schließt Hilfe im Betrag von etwas über einer Milliarde Dollar für Appalachen ein, das elf Staaten ganz oder teilweise umfassende Notstandsgebiet im Zug des Appalachen-Gebirges. Mit ihm wird sich der Kongreß wohl bald zu befassen haben.

So anerkennenswert es ist, daß mit diesen Maßnahmen an die Wurzeln der Armut herangegangen wird, anstatt an ihren Symptomen zu kurieren, kann doch nicht verkannt werden, daß den gegenwärtig von Armut am härtesten Betroffenen zunächst nicht geholfen wird, so den Empfängern von Sozialrenten und von Leistungen der Public Assistance, einer gehobenen Fürsorge für einige besondere Gruppen: in beiden Arten war 1963 die durchschnittliche Monatsrente 76,88 beziehungsweise 77,03 Dollar. Viel geringer sind die Durchschnittssätze der General Assistance, die für 1963 mit monatlich 68,01 Dollar für die Familie, mit 27,58 Dollar für einzelne Personen angegeben werden.

Würde man die Vorbereitung der Fahrt auf den Mond aufgeben, so würde mit dem eingesparten Betrag von etwa 5 Milliarden Dollar jährlich das Ziel der Beseitigung der Armut selbst in dem von Johnson vorgelegten weiten Rahmen zu einem Drittel erreicht werden; 15,5 Milliarden Dollar würde es jährlich kosten, wollte man das Einkommen aller Familien mit öffentlicher Unterstützung auf 3000 Dollar, das der Einzelpersonen auf 1500 Dollar heben.

e) In dem Kampf um die Arbeitsbedingungen wird Johnson seine bisherige Einstellung der möglichst Nichteinmischung beibehalten, die er auch bei dem Streik der Automobilarbeiter kurz vor seiner Wahl eingenommen hatte. Präsident Kennedy hatte im August 1963 zur Verhinderung eines Eisenbahnerstreiks, der das ganze Wirtschaftsleben in kurzer Zeit lahmgelegt hätte, zum erstenmal nach dem Zweiten Weltkrieg zur gesetzlichen Waffe der Zwangsschlichtung greifen müssen. Auch Johnson mußte schon einige Male von der Bestimmung des Taft-Hartleys Acts Gebrauch machen, die den

Präsidenten ermächtigt, bei Streikandrohungen in Fällen, in denen die nationale Wohlfahrt oder die Sicherheit bedroht sind, die Wiederaufnahme der Arbeit für 80 Tage anzuordnen. Eine zweite Anordnung dieser Art kann er nicht erlassen. Nach Ablauf dieser Abkühlungsperiode wäre nur der Gesetzgeber – wie im Falle des Eisenbahnerstreiks 1963 – imstande, durch Aenderung des geltenden Streikrechts die Wiederaufnahme des Streiks zu verhindern oder die Fortsetzung des inzwischen wieder aufgenommenen Streiks abzu-
stoppen.

f) Zu Jahresbeginn hat der Präsident für die Erhöhung der Löhne im Jahre 1964 einen Hundertsatz von 3,2 als Richtschnur verkündet, in der Besorgnis, daß, wenn die Löhne mehr gesteigert würden als das Nationalprodukt zunimmt, die Preis-Lohn-Spirale in Bewegung gesetzt und die Gefahr der Inflation heraufbeschworen würde. Diese ist gegenwärtig so gering, daß sie selbst im abgelaufenen, höchst erbittert geführten Wahlkampf nicht als Waffe benutzt wurde. Seit 1958 hat die Kaufkraft des Dollars bei den Verbraucherpreisen um etwas mehr als ein Prozent jährlich abgenommen, während die Großhandelspreise nahezu unverändert geblieben sind. Daß die Automobilgewerkschaften bei den Lohnverhandlungen im Herbst 1964 ein Ergebnis erzielten, das mit etwa 5 Prozent den Richtsatz von 3,2 Prozent bedeutend überschreitet und daß der Präsident sich von jeder Beeinflussung fernhielt, wird ihm von Arbeitgeberseite vorgehalten mit der Begründung, daß diese Lohnerhöhungswelle bald auf andere Wirtschaftszweige überspringen könnte, insbesondere auf die Metallindustrie, in der die Tarife demnächst ablaufen. Umgekehrt habe der Präsident sich einer Erhöhung der Stahlpreise widersetzt, die die Industrie zur Modernisierung ihrer Anlagen nicht vermeiden zu können glaubt.

Man wird wohl voraussagen dürfen, daß Johnson ein viel zu kluger und erfahrener Politiker ist, um in die Gefahr zu kommen, in die sich sein Vorgänger schon bald nach Regierungsantritt verstrickt sah, nämlich als allzu sehr nach der Arbeitnehmerseite neigend beurteilt zu werden. Seine Führerschaft wurde von einem so breiten Teil der Wählerschaft bestätigt, daß er auf die Unterstützung einzelner Gruppen – und mögen sie so bedeutsam sein wie die Gewerkschaften – zum mindesten in den ersten Jahren seiner vierjährigen Amtsperiode nicht angewiesen ist.

Von weiteren Plänen, die der Präsident im Rahmen der Great Society schon angekündigt hat, seien ein umfangreiches Schulförderungs- und ein soziales Wohnungsbauprogramm erwähnt. Von seiten der Gewerkschaften werden diese Pläne sicher Unterstützung finden. Unter Kennedy war das Schulprogramm daran gescheitert, daß die Einbeziehung der Konfessionsschulen, unter denen die katholischen weitaus an der Spitze marschieren, aus verfassungsmäßigen Gründen

(Trennung von Kirche und Staat) als unzulässig beurteilt wurde. Daß der soziale Wohnungsbau, die Beseitigung der großstädtischen Slums, die Reinhaltung der Flüsse nicht in dem erwünschten Maße vorangeschritten sind, ist vor allem auf die geringe Bereitwilligkeit der Einzelstaaten zurückzuführen, einen gebührenden Teil der Kosten zu übernehmen.

Das Brutto-Nationalprodukt, die Summe aller Güter und Dienste, die die Nation in einem Jahr hervorbringt, betrug im Kalenderjahr 1963 585,1 Milliarden Dollar. Es wird für 1964 auf 627,5 Milliarden steigen, wenn man die Entwicklung der ersten drei Vierteljahre zugrunde legt. Zeichen einer kommenden Rezession (Zeitraum eines vorübergehenden wirtschaftlichen Stillstandes oder Rückschrittes) sind gegenwärtig nicht zu erkennen, wenn man vielleicht vom Bau- markt absieht, in dem mancherorts Ueberproduktion und eine zu hohe Beleihung festzustellen sind. So kann die Arbeitnehmerschaft unter Führung der Gewerkschaften der nächsten Zeit mit Zuversicht entgegensehen. Unter Führung eines Präsidenten, der den Kampf gegen die Armut mutig aufgenommen und sich sozialen Fortschritten nie verschlossen hat, können sie sicher sein, daß der Weg vom schrankenlosen Kapitalismus zu einem geläuterten Kapitalismus, in dem die Früchte der reichsten Volkswirtschaft möglichst breiten Schichten zugute kommen, weiter beschritten wird. Die entscheidende Wendung ist im New Deal ⁵ unter F. D. Roosevelt 1933 mitten in der großen Wirtschaftskrise erfolgt, der Fair Deal unter Truman hat die Bewegung in mäßigerem Rahmen fortgesetzt, Kennedy hat sie mit seiner New Frontier wieder aufgenommen, und nunmehr steht Johnson «zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit», wie er sich ausgedrückt hat, vor der Aufgabe, die Armut nicht nur zu bekämpfen, sondern auszurotten. Auch außerhalb der USA wird jeder am sozialen Fortschritt Interessierte die Weiterentwicklung gespannt verfolgen und dem großen Experiment von Herzen Erfolg wünschen.

Dr. Robert Adam, Washington.

⁵ Der Ausdruck ist dem Kartenspiel entnommen, wo er die Neuverteilung der Spielkarten bedeutet.